



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und  
Beschäftigung -

## Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 21. März 2017

Vorlagen-Nr. 16-F-05-0017

### **Nachhaltige und unbürokratische Wirtschaftsinitiative für einen einzigartigen Arbeits- und Lebensstandort**

**Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 08.11.2016**

Wiesbaden verfügt mit ca. 24.000 Unternehmen (Handwerk und Gewerbe), seiner zentralen Lage, einer sehr guten Infrastruktur und einem hohen Wohnwert über beste Voraussetzungen für Firmengründungen und wirtschaftliches Wachstum. Zu den wirtschaftlichen Kernkompetenzen gehören Gesundheit, Medien, High-Tech sowie überregional renommierte Dienstleistungsfirmen. Dennoch wandern seit Jahren immer wieder Unternehmen ab und trotz jährlich steigender Gewerbesteuer-einnahmen (2014: 252 Mio. Euro; 2015: 288 Mio. Euro und Sept. 2016: 296 Mio. Euro), steigt die Arbeitslosenquote und ist mittlerweile mit 7,4% die dritthöchste in Hessen. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

Um Wiesbaden zukunftsfit zu machen braucht es ein modernes und tragfähiges Entwicklungs- und Handlungskonzept, das die Probleme aufgreift. Diese Zukunftsinitiative soll sich auf folgende Kernbereiche konzentrieren: Innovativer und mittelstandsfreundlicher Wirtschaftsstandort, Qualifizierungsstrategien und Gewerbeflächenentwicklung, Gesundheitsstadt, Wissenschafts- und Hochschulstandort.

Eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftsinitiative „Made in Wiesbaden“ richtet sich an die ansässigen Wirtschaftsverbände, Hochschulen, Unternehmen und an potentielle Neugründer. Sie muss sich, um als Grundlage für strategische wirtschaftspolitische Entscheidungen erfolgreich zu sein, in ebenso innovativer, wie pragmatischer, ganzheitlicher und unbürokratischer Form von bereits

bestehenden Initiativen unterscheiden. Deshalb kann ein erfolgversprechender Ansatz nicht nur in der Wirtschaftsförderung liegen, vielmehr müssen auch veränderte Strukturen bei Genehmigungsverfahren und der Erschließung von neuen oder umgewidmeten Gewerbeflächen Teil einer Gesamtstrategie sein.

Um den Bedürfnissen der Wiesbadener Wirtschaft gerecht zu werden und gleichzeitig eine hohe Akzeptanz zu gewährleisten, soll in einer Auftaktveranstaltung mit Vertretern aus Industrie, Handel, Handwerk, der Dienstleistungsbranche und der Wissenschaft ein Anforderungsprofil für Wiesbaden erarbeitet werden. Dieses gemeinsam mit der Wiesbadener Wirtschaft und der Politik erarbeitete Positionspapier soll die Grundlage für ein neues Wirtschafts- und Stadtentwicklungskonzept abbilden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat, insbesondere das Dezernat für Wirtschaft und Personal und das Dezernat Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Stadt Wiesbaden, wird mit der Entwicklung und Erstellung eines vollumfänglichen Wirtschafts- und Stadtentwicklungskonzeptes, beauftragt. Dieses Konzept soll eine gründliche Bestandsanalyse der gesamten Wiesbadener Wirtschaft, eine Potentialanalyse bereits bestehender sowie potentieller neuer Cluster beinhalten. Zu-dem ein wirtschaftspolitisches Leitbild vorgeben, alle strategischen Handlungsfelder identifizieren sowie Inspiration für neue Kooperationen bieten.
2. Ferner wird der Magistrat gebeten, als Auftaktveranstaltung, ein mit den ansässigen Spitzenverbänden von Industrie, Handel, Dienstleistung und Handwerk sowie den Hochschulen aus der Region besetztes „Zukunfts-Symposium“ zu planen und zu organisieren.
3. Die notwendigen Finanzmittel sind im Rahmen des Haushaltsplanes 2018/2019 bereit zu stellen. Der Magistrat wird gebeten, zeitnah über den Planungsstand des Konzeptes zu berichten.

---

### Beschluss Nr. 0020

Der Antrag ist abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2017

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2017

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .03.2017

Dezernat III  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister